

DEUTSCHER
JOURNALISTENVERBAND
DJV LANDESVERBAND
HESSEN

BLICKPUNKT@
JOURNALISMUS IN HESSEN

Blickpunkt extra: Zum Tag der Pressefreiheit

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial: Wachsam bleiben	S. 1	Förderung gestrichen: Stipendienprogramm „Hafen der Zuflucht Hessen“ eingestellt	S. 5
„Feder für die Pressefreiheit“: Journalistin Rukhshona Khakimova aus Tadschikistan ausgezeichnet	S. 2	Ungewisse Zukunft: Zwei gefährdete kurdische Journalisten hängen in der Luft	S. 6
Feindbild Journalist: Angriffe auf Medienschaffende in Deutschland wieder gestiegen	S. 4	Buchtipp: Wie Tech-Konzerne die Welt unter sich aufteilen	S. 8

Wachsameres Auge behalten



**Knud Zilian, Landesvorsitzender
DJV Hessen Foto: Karsten Socher**

Pressefreiheit ist ein wichtiger Anker für die Demokratie. Das propagiert jeder, selbst Donald Trump. Und doch meint er etwas anderes, als die wirkliche Freiheit der Presse, also zu berichten, wie es der journalistische Auftrag ist. Objektiv, nicht nur eine, sondern mindestens zwei Quellen

befragen. Und sich nicht lenken und vor einen Karren spannen lassen, den man nicht ziehen will. Wie das in Amerika gehandhabt wird, sieht man am Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen der Nachrichtenagentur Associated Press. Weil sie den Golf von Mexiko nicht in Golf von Amerika umtaufen wollen, sind sie im und vom Weißen Haus ausgeschlossen. So kann man auch Druck auf die Medien ausüben, ihnen vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Und das im Land derer, die meinen, die Demokratie erfunden zu haben. So einfach geht das.

Aber auch bei uns in Deutschland ist nicht alles gut. So hat die Gewalt gegen Medienschaffende im vergangenen Jahr leider wieder zugenommen,

wie Reporter ohne Grenzen berichtet. Wehret den Anfängen und wehret vor allem den Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten. Da halten auch wir ein wachsames Auge drauf und reden weiter mit Polizei und Ministerien, damit unsere Kolleginnen und Kollegen bei Einsätzen auf Demonstrationen von der Polizei nicht ins Visier, sondern in den Fokus als vierte Gewalt im Staat genommen, sprich: geschützt werden. Wir werden aber auch weiterhin aufmerksam verfolgen, wie sich die Justiz verhält, wenn es um Klagen oder Anzeigen gegen Journalistinnen, Journalisten und Medienunternehmen geht. Demokratie ohne Pressefreiheit gibt es nicht. Dafür stehen wir als Berufsverband.

Euer Knud Zilian

Wenn eine Umfrage Hochverrat sein soll

DJV Hessen widmet „Feder für die Pressefreiheit“ Rukhshona Khakimova

Weil sie eine Umfrage zum chinesischen Einfluss auf ihr Heimatland Tadschikistan für das kirgisische NGO-Barometer durchführte, geriet Rukhshona Khakimova endgültig ins Visier der Justiz. Vergangenen Juli eröffnete die Generalstaatsanwaltschaft ein Verfahren und beschuldigte die freie Journalistin der Verschwörung gegen die Regierung Tadschikistans und der Beteiligung an einem mutmaßlichen Staatsstreich.

Ohne Haftbefehl wurde sie vergangenes Jahr am 16. Juli festgenommen und zwölf Stunden ohne Zugang zu ihrem Anwalt festgehalten. Arbeitsausrüstung, Bankkarten und Reisepass wurden derweil beschlagnahmt, bis zu ihrer Gerichtsverhandlung stand Khakimova unter Hausarrest. Am 5. Februar dieses Jahres fiel das Urteil: acht Jahre Haft wegen angeblichen Hochverrats. Ursprünglich waren sogar 17 Jahre gefordert. Sämtliche Anhörungen fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, Presse war ebenso unerwünscht wie auch Khakimovas Familienangehörige. Der gesamte Prozess ließ sich daher nicht unabhängig beobachten, welche Beweise es für die angeblichen Verbrechen geben soll ist unklar.

Extrem wahrscheinlich ist, dass sie gar nicht existieren und die Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren.

Weiterhin brisant: Eigentlich sieht das Gesetz eine Strafaussetzung für Frauen mit kleinen Kindern vor. Khakimova ist Mutter zweier Kinder, zum Zeitpunkt des Urteils war eines zwei Jahre, das andere neun Monate alt. Zudem wurden die Ersparnisse der Familie, die wohl für einen Hauskauf vorgesehen waren, beschlagnahmt. Die Kinder sind nun bei Verwandten untergebracht. „Das ist eine weitere, nicht hinnehmbare Dimension der Ungerechtigkeit. Eine Familie wird zerrissen und um ihre wirtschaftliche Zukunft gebracht. Die Botschaft ist klar:

Kein Journalist und keine Journalistin ist vor staatlicher Willkür sicher“, empört sich Knud Zilian, Vorsitzender DJV Hessen. Um ein deutliches Zeichen zu setzen, erhält Khakimova in diesem Jahr die „Feder für die Pressefreiheit“, ein Füllfederhalter mit ihrem Namen eingraviert.

Bereits zum achten Mal vergibt der DJV Hessen auf die ursprüngliche Initiative von Schatzmeisterin Dr. Gabriela Blumschein-Grossmayer diesen Preis, Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni ist von Beginn an Pate. Verbunden damit ist die Hoffnung, dass der Füllfederhalter tatsächlich die Preisträgerinnen und Preisträger erreicht. Getreu dem Motto, die Feder ist mächtiger als das Schwert.

Auch vor Ort regt sich öffentlicher Unmut. Beispielsweise kritisierte der Nationale Verband unabhängiger Medien Tadschikistans das Urteil scharf. Sein Vorsitzender, Nuriddin Karshiboyev, erklärte, Journalisten hätten auf Gerechtigkeit gehofft, seien aber von dem harten Urteil schockiert, wie **The Times of Central Asia** berichtet.

Kritische Stimmen zum Schweigen bringen

Khakimova arbeitete am Zentrum für investigativen Journalismus Tadschikistans, schrieb für die Zeitung Molodezh Tajikistan (Jugend Tadschikistans) sowie für



Regierungshandeln zu hinterfragen, wie Rukhshona Khakimova es getan hat, ist kein Hochverrat.
Foto: Reporters Without Border (RSF)

internationale Medien.

Sie wird mit ihren kritischen Fragen sicherlich schon lange ein Dorn im Auge der Regierung gewesen sein.

Es liegt überdeutlich auf der Hand, dass ihre Recherchen zum chinesischen Einfluss und den damit verbundenen Fragen im Keim erstickt werden sollen. China ist der wichtigste Investor und gleichzeitig der größte Kreditgeber der ehemaligen Sowjetrepublik Tadschikistan. Das Land ist ein wichtiger Teil Pekings gigantischem Infrastrukturprojekt Neue Seidenstraße: Über Zentralasien sollen Handelswege mit Zugang bis zum Mittelmeer entstehen. Chinas „Schuldendiplomatie“ lässt sich seit Jahren auf dem afrikanischen Kontinent beobachten – denn auch dort wird zunehmend politischen Einfluss im Sinne Pekings genommen.

„Seit dem Herbst 2022 überzieht Tadschikistans autoritärer Präsident Emomali Rahmon



Die Preisträgerin kann hoffentlich bald stilecht weiter schreiben.

Foto: Dr. Gabriela Blumschein-Grossmayer

(seit 1994 im Amt – Anmerkung Jens Brehl) unabhängige Medienschaffende mit der schwersten Verfolgungswelle seit dem Ende des tadschikischen Bürgerkrieges in den 1990er-Jahren“, ordnet Reporter ohne Grenzen ein. Anfang dieses Jahres erfolgte ein Doppelschlag: Am 10. Januar wurde Ahmad Ibrohim wegen angeblicher

Korruption, Erpressung und Extremismus zu zehn Jahren Haft verurteilt. Ibrohim ist Chefredakteur des unabhängigen Wochenblatts Payk, welches immer wieder lokale Missstände thematisiert. Knappe vier Wochen später schickte ein weiterer Scheinprozess Khakimova ins Gefängnis.

Laut Reporter ohne Grenzen seien bereits Dutzende Journalistinnen und Journalisten ins Exil gegangen. Für die im Land verbliebenen kritischen Medienschaffenden würden Schikanen des Geheimdienstes, Einschüchterungen und Erpressung zum Alltag gehören. Zeitgleich werde die digitale staatliche Überwachung ausgebaut und unliebsame Nachrichtenportale und Soziale Medien gesperrt. Der staatliche Rundfunk sendet in erster Linie Propaganda, oppositionelle Stimmen werden schon lange unterdrückt. Auch hier hat es Khakimovas Familie getroffen. Ihr Onkel ist ein hochrangiger Oppositionspolitiker, der kürzlich zu 18 Jahren Haft wegen eines angeblichen Putschversuchs verurteilt wurde. Vor dem Mut weiterhin Missstände aufzudecken und Regierungshandeln zu hinterfragen kann nur der Hut gezogen werden.

Jens Brehl

Endlich frei!

Ein Etappensieg: Niloofar Hamed, Preisträgerin der „Feder für Pressefreiheit“ 2023, wurde diesen Februar begnadigt. Die iranische Journalistin gehörte zu den ersten, die im Herbst 2022 über den gewaltsamen Tod der iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini berichteten. Die junge Frau war in das Visier der Sittenpolizei geraten, da sie ihren Hidschab nicht züchtig genug getragen haben soll.

In der Tageszeitung Shargh veröffentlichte Hamed ein Foto der trauernden Eltern auf dem Krankenhausflur. Aminis Tod löste im Iran Massenproteste aus, Hamed wurde wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den USA zu 13 Jahren Haft verurteilt, von denen sie rund eineinhalb Jahre abgesessen hatte.

Vergangenen Januar auf Kaution entlassen, drohte eine weitere fünfjährige Haftstrafe wegen „Propaganda gegen das System“. Nun ist Hamed begnadigt.

Bisher mit der „Feder für die Pressefreiheit“ ausgezeichnet:

- 2024: Shangguan Yunkai, Investigativjournalist aus China
- 2023: Niloofar Hamed, Journalistin aus dem Iran
- 2022: Marina Ovsyannikova, TV-Journalistin aus Russland
- 2021: Katsyaryna Andreyeva und Darya Chultsova, Journalistinnen aus Weißrussland
- 2020: Raif Badawi, Blogger aus Saudi-Arabien
- 2019: Ismail el-Iskandarani, freier Journalist aus Ägypten
- 2018: Zehra Doğan, kurdische Journalistin aus der Türkei

Gewalt gegen Medienschaffende in Deutschland wieder gestiegen

Reporter ohne Grenzen zieht besorgniserregendes Fazit

Sie wurden bespuckt, geschubst, getreten oder ihre Ausrüstung wurde mutwillig beschädigt: Reporter ohne Grenzen verzeichnet in ihrer „Nahaufnahme 2025“ im vergangenen Jahr 89 Angriffe auf Medienschaffende in Deutschland. Seit Beginn der Erhebung 2015 ist dies das zweithöchste Ergebnis; trauriger Rekord war 2022 mit 103 Angriffen. Hinzu kommt jeweils eine hohe Dunkelziffer. Reporter ohne Grenzen konnte für das vergangene Jahr weitere 123 Hinweise sammeln, die sich meist aufgrund fehlender Zeugen nicht verifizieren ließen.

Feindbild Journalist

Die gefährlichsten Orte für Medienschaffende sind nach wie vor Demonstrationen und politische Versammlungen. „Viele Bürgerinnen und Bürger betrachten Medienschaffende mittlerweile als Feinde. Es ist die Aufgabe von Medienhäusern und Politik, das Vertrauen in die ‚vierte Gewalt‘ wiederherzustellen. Die neue Regierung muss wichtige medienpolitische Vorhaben so schnell wie möglich umsetzen, um Journalistinnen und Journalisten besser vor populistischen Angriffen zu schützen und sich Desinformation und Propaganda entgegenzustemmen“, erklärt Katharina Viktoria Weiß, RSF-Referentin für Deutschland und Co-Autorin der Nahaufnahme, in einer Pressemitteilung.

Selbstzensur bei Nahost-Berichten

„Grundsätzlich sind Konflikte und Meinungsverschiedenheiten in Redaktionen über die ‚Blattlinie‘, über Gewichtung von Themen und Sprache nichts Außergewöhnliches“, resümiert Reporter ohne Grenzen in der „Nahaufnahme 2025“. Allerdings wurde der kritischen Berichterstattung über die israelische Kriegsführung im Gazastreifen und deren

Folgen für die palästinensische Bevölkerung oder über die Konsequenzen des Krieges auf das gesellschaftliche Klima in Deutschland teils besonders große Hemmschuhe verpasst. Etliche Medienschaffende hatten Reporter ohne Grenzen kontaktiert und von stark eingeschränkten Meinungskorridoren in den Redaktionen berichtet.

Daraufhin hat die Organisation 60 qualitative Interviews mit Medienschaffenden geführt: freie und festangestellte Journalisten und Journalistinnen von privaten und öffentlich-rechtlichen Medien. „Auslandskorrespondent*innen sprechen von äußerst langwierigen Kontroll- und Aushandlungsprozessen zu Begriffen, mit denen die israelische Kriegsführung kritisiert wird. Aussagen palästinensischer Quellen und unabhängiger Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch oder den Vereinten Nationen würden immer wieder grundsätzlich in Frage gestellt – anders als solche des israelischen Militärs“, ist in der Nahaufnahme zu lesen.

Freie Journalistinnen und Journalisten mussten erfahren, dass aufgrund von Unsicherheit in Redaktionen und deren Furcht von anderen Medien des „israelbezogenen Antisemitismus“ bezichtigt zu werden, als heikel wahrgenommene Themen nicht aufgegriffen wurden. „Nicht wenige sehen sich auch durch häufige und massive Interventionen der israelischen Botschaft oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei Chefredaktionen unter Druck. Vor allem Journalist*innen bekannter

Medienhäuser berichteten, dass sich die israelische Botschaft seit Jahren immer wieder in Mails und Briefen über ihre Berichterstattung beschwerte“, schreibt Reporter ohne Grenzen. Aber auch die Angst vor Shitstorms in den Sozialen Medien sorgt für Scheren im Kopf.

Explizit möchten die Interviewten nicht, dass „ihre“ Medien noch stärker in die öffentliche Kritik geraten, vielmehr sollen



Freie Presse gefällt nicht jedem, wie diesem Herrn vergangenes Jahr am Rande des AfD-Landesparteitags in Niedersachsen.
Foto: Jannis Große

NAHAUFNAHME RSF-REPORT ZUR LAGE DER PRESSEFREIHEIT IN DEUTSCHLAND

2025

die Vorgänge intern aufgearbeitet werden. Ziel sei es, einen weiteren Vertrauensverlust zu vermeiden, wie Weiß im Telefonat einordnet. Englischsprachige Medien wie The Guardian und die BBC, aber auch die

spanischsprachige lateinamerikanische Presse zeichnen ein anderes, umfassenderes und differenzierteres Bild über den Gazakrieg als mitunter deutsche Publikationen. „Wir kämpfen gegen

Propaganda und Desinformation von verschiedenen Seiten, daher kann sich ein Vertrauensverlust in die deutsche Berichterstattung auch an anderer Stelle rächen“, fürchtet Weiß. Daher gelte künftig nicht mehr in die gleichen Fallen der Selbstzensur zu tappen, sondern den Korridor für berechnete Sichtweisen zu erweitern.

Jens Brehl

Weitere Themenfelder der „Nahaufnahme 2025“ sind unter anderem Einschüchterungsklagen (SLAPP), die problematische Überwachung von Medienschaffenden durch Sicherheitsbehörden und die abnehmende Medienvielfalt bei Tageszeitungen. Die PDF steht zum **kostenfreien Download bereit**.

Hafen der Zuflucht geschlossen

Verein Gefangenes Wort muss Stipendienprogramm beenden

Bereits seit 2012 setzt sich der Gießener Verein Gefangenes Wort für den Schutz der Rede- und Pressefreiheit weltweit ein. In diesem Rahmen organisiert er gemeinsam mit der Kreisvolkshochschule in Lich das Veranstaltungsformat „Worte in Ketten“. Dort stellen im Exil lebende Schriftsteller und Schriftstellerinnen ihre Texte vor, oder es werden Texte verfolgter Autoren und Autorinnen vorgelesen. Mit Hilfe von Buchspenden, die auf Bücherflohmärkten veräußert werden, sammelt der Verein Geld, das verfolgten Medienschaffenden gespendet wird.

Paukenschlag aus Wiesbaden

Zu den aufwändigsten Projekten des Vereins gehört das 2022 ins Leben gerufene Stipendien-Programm „Hafen der Zuflucht Hessen“, welches bislang von der hessischen Landesregierung in Höhe von 150.000 Euro jährlich finanziert wurde.

Das Gießener Programm unterstützt den russischen Schriftsteller und Dramatiker Sergei Davydov in Kassel, wie auch die kurdischen Journalisten Nedim Türfent und seine Verlobte Özgür Sevinç Şimşek (**siehe dazu auch „Aus dem Gefängnis entlassen und doch nicht unabhängig“ auf Seite 6**) in Gießen. Doch auf einmal soll damit Schluss sein. Das Hessische Wissenschaftsministerium teilte dem Verein am 6. Januar mit, dass das Projekt ab September nicht weiter gefördert werde. Als Begründung heißt es in dem Schreiben, dass die ursprüngliche Idee diverse Kommunen und Städte mit einzubeziehen nicht verwirklicht werden konnte. Zudem sei angedacht gewesen, 20 Stipendiaten und Stipendiatinnen zu fördern. Die anfängliche Vollfinanzierung durch das Land sollte in eine Anteilsfinanzierung übergehen. „Bislang konnten jedoch keine dauerhaften Drittmittelgeber akquiriert werden. Eine dauerhafte Vollfinanzierung eines Projekts



Lydia Binsch kritisiert zu hohe Forderungen des hessischen Wissenschaftsministeriums.
Foto: Barbara Czernek

Blickpunkt extra: Zum Tag der Pressefreiheit

ist nicht möglich.“ Zudem mahnt das Ministerium die hohen Overhead-Kosten – sprich Kosten für die Geschäftsführung des Vereins – an.

Doch ohne das Geld aus Wiesbaden ist eine Fortsetzung des Programms derzeit unmöglich. Die Gründe für die gestrichenen Mittel sind für die Vereinsvorsitzende Lydia Binsch nicht nachvollziehbar. So wurde die zu dem Projekt gehörende Verwaltungsarbeit ebenfalls vom Land Hessen finanziert, zu den Vorgaben gehörte auch die Einrichtung eines Büros. „Das wurde so gut wie nicht benutzt, weil alles im Home-Office erledigt wurde.“

Auch die Ansage, jährlich rund 20 Stipendiaten

zu fördern, war der Vereinsvorsitzenden völlig neu. „Das war und ist mit den finanziellen Mitteln und der vorhandenen Manpower überhaupt nicht machbar gewesen“, sagte sie, zumal das Projekt erst drei Jahre gelaufen ist. In diesem Zusammenhang verweist sie auf ein ähnliches Projekt des Vereins PEN, der in einem wesentlich längerem Zeitraum bisher 13 Stipendiaten unterstützt habe.

„Jemanden einfach in eine Wohnung zu setzen und sich selbst zu überlassen, das ist keine gute Idee. Wenn jemand hier ankommt und nach der Verfolgung in seiner Heimat zur Ruhe findet, dann erst zeigen sich körperliche Symptome, die behandelt werden müssen“, erläuterte Binsch. Daher gab es

eine Projektleiterin, die sich um die Belange der Stipendiaten kümmerte. Das alles muss nun rückabgewickelt werden.

Barbara Czernek

Gegründet wurde Gefangenes Wort 2012 von einer Gruppe Studierender an der Universität Gießen, die mehr für Presse- und Meinungsfreiheit weltweit tun wollten. Mittlerweile hat der Verein unter dem Vorsitz von Lydia Binsch mehr als 60 Mitglieder. gefangenes-wort.de

Aus dem Gefängnis entlassen und doch nicht unabhängig

Müssen zwei kurdische Journalisten zurück in die Türkei?

Seit rund eineinhalb Jahren leben der kurdische Journalist Nedim Türfent und seine Verlobte, die Fotojournalistin Özgür Sevinç Şimşek, in Deutschland, zunächst für ein halbes Jahr in Leipzig, anschließend in Gießen. Möglich wurde dies durch zwei Stipendien. Zuletzt durch das Programm „Hafen der Zuflucht Hessen“ des Gießener Vereins Gefangenes Wort, welches jedoch diesen September eingestellt werden muss (**siehe „Hafen der Zuflucht geschlossen“ auf Seite 5**). Doch schon zuvor enden die einjährigen Stipendien von Türfent und Şimşek. Somit sieht deren Zukunft derzeit düster aus. Klar ist jedenfalls, dass beide nicht zurück in die Türkei können, weil sie dort nicht sicher sind. Schon einmal saßen sie zu Unrecht im Gefängnis. Ihr „Verbrechen“: Journalismus.

Türfent arbeitete als Korrespondent für die Nachrichtenagentur Dicle Haber Ajansı, die mittlerweile per Dekret in der Türkei verboten wurde. Der engagierte Journalist hat Menschen eine Stimme gegeben, die unter den staatlichen Repressionen der türkischen Behörden litten. Der Preis für seine



Nedim Türfent blickt in eine unsichere Zukunft.

Foto: Barbara Czernek

Blickpunkt extra: Zum Tag der Pressefreiheit



Er werde Journalismus niemals aufgeben, versicherte Türfent vergangenes Jahr beim Event des DJV Hessen.
Foto: Karsten Socher

Ehrlichkeit war hoch: Er wurde festgenommen und im Dezember 2017 zu acht Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Davon verbrachte er zwei Jahre in Isolationshaft. Nach seiner Freilassung Ende 2022 kam er nach Deutschland. Während der Haft schrieb Türfent Gedichte, die im Buch „über Mauern“ auch auf Deutsch erschienen sind.

Zunächst in Sicherheit

Dank des Stipendiums des Vereins Gefangenes Wort leben er und seine Verlobte seit 1. Juni 2024 in Gießen. Hier sei er zur Ruhe gekommen, erzählte der 35-jährige im Gespräch. Das Stipendium hat sich für ihn wirklich zu einem Zufluchtsort

entwickelt. Er habe die Zeit gut genutzt, seine Kreativität sei zurück gekommen: In diesem Jahr war er viel unterwegs, veranstaltete Vorträge und Lesungen in Oxford, Hamburg, Hannover und an weiteren Orten. Überall fand er interessierte Zuhörer. Auch beim DJV Hessen war er vergangenes Jahr anlässlich des internationalen Tags der Pressefreiheit zu Gast, und schilderte dem aufmerksamen Publikum seine Erlebnisse (siehe „Ich werde Journalismus niemals aufgeben“ Blickpunkt 2/24).

Er schreibt für überregionale Medien und veröffentlicht regelmäßig eine Kolumne im Gießener Anzeiger. Zurzeit arbeitet er an einem neuen Werk. Darin nimmt er sich 365 Tage vor und schildert was an jenem Tag

in der kurdischen Geschichte passierte. Es ist keine lineare Beschreibung eines Jahres, sondern ein Querschnitt durch sämtliche Epochen. Sein Vorbild ist der uruguayische Journalist und Autor Eduardo Galeano und sein Hauptwerk „Die offenen Adern Lateinamerikas“.

Rückkehr in die Türkei zu gefährlich

„Now I’m free from prison, but I’m not independent“, sagt Türfent. Die aktuelle ungewisse Situation belastet ihn sehr, denn sein Aufenthaltsstatus ist an den Stipendiumsvertrag gekoppelt. Wenn dieser ausläuft und er keine Anschlussbeschäftigung oder ein erneutes Stipendium findet, dann sieht es für ihn sehr düster aus. Eine Rückkehr in die Türkei ist aktuell kaum realistisch, zu groß ist die Gefahr einer erneuten Inhaftierung. Was ihn in seiner Heimat erwarte, fragte Andreas Horchler vergangenes Jahr auf dem Event des DJV Hessen. „Es ist die Türkei, wer weiß das schon? Sie können dich jederzeit ohne Grund verhaften“, antwortete Türfent.

Durch die Inhaftierung von Ekrem İmamoğlu, dem Bürgermeister von Istanbul, hat sich die Sicherheitslage vor Ort nochmals verschärft. Türfent weiß von mindestens 40 Journalisten, die seit Beginn dieses Jahres inhaftiert wurden. In Deutschland und besonders in Gießen fühlt er sich wohl. „Die Menschen sind so freundlich hier.“ Er und seine Verlobte würden gerne bleiben. Ob dies gelingt, das ist unsicher.

Barbara Czernek



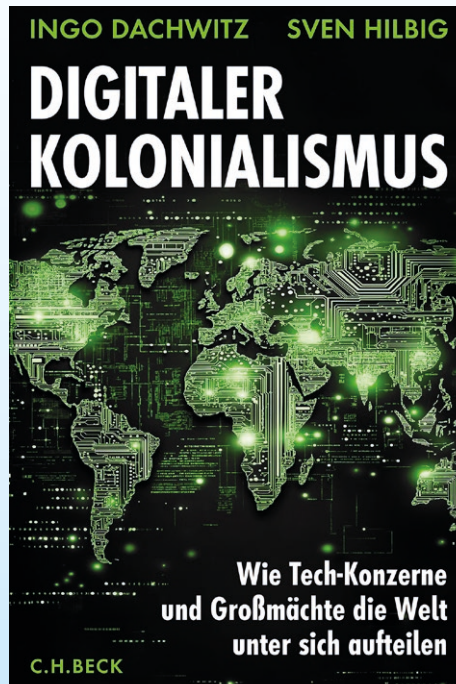
Grafik: Wolfgang Minich

Nord-Süd-Gefälle par excellence

Rezension: Digitaler Kolonialismus – Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen

Soziale Netzwerke sind aus dem redaktionellen Alltag schon lange nicht mehr wegzudenken. Ohne Instagram, YouTube, TikTok & Co sind gerade junge Zielgruppen oftmals nur schwer mit Nachrichten erreichbar – oder gar nicht mehr. Mit der Künstlichen Intelligenz (KI) zieht eine weitere technische Innovation in die Redaktionsstuben ein.

Wenn man überlegt, wem man den technologischen Fortschritt zu verdanken hat, kommt man schnell auf Namen: wie Microsoftgründer Bill Gates, Mark Zuckerberg, der mit Facebook den Grundstein zu seinem Konzern Meta legte, oder Sergey Brin und Larry Page, die die Suchmaschine Google ins Leben riefen. Dabei müssten wir uns in erster Linie bei dem unsichtbaren Heer an Geisterarbeiterinnen und Geisterarbeitern bedanken. Meist im globalen Süden beheimatet, wie beispielsweise Afrika, säubern sie die sozialen Netzwerke als Content-Moderatoren und -Moderatorinnen von Hass und Gewalt – für einen Hungerlohn und in den meisten Fällen ohne psychologische Hilfe. Sie bekommen den größten Dreck vor die digitale Haustür gekehrt. Das sind unter anderem explizite Darstellungen von (sexualisierter) Gewalt, von denen die Content-Moderatorinnen und Moderatoren beispielsweise in den Vereinigten Staaten verschont werden sollen. Zudem trainieren die Geisterarbeiterinnen und Geisterarbeiter im globalen Süden ebenfalls für eine Handvoll



Dollar KI. Berufliche Aufstiegschancen sind Mangelware.

Im gleichen Atemzug unterstützt Facebook autokratische Regierungen, indem bereitwillig Zensurwünschen nachgegeben wird. Die digitale Ungleichheit hat bereits Todesopfer gefordert, denn allzu gerne hat Facebook neue Märkte wie Äthiopien erschlossen. Allerdings gab es nicht für jede dort vorherrschende Landessprache entsprechende Moderatorinnen oder

Moderatoren, die gemeldete (!) und gezielt eingesetzte Hassrede entfernten. Schauen wir nach Indien: Dort blieb ein Netzwerk aus Fake-Accounts eines hochrangigen und in der Regierung aktiven Politikers unangetastet. Ein ebensolches Netzwerk der führenden Oppositionspartei wurde hingegen umgehend gelöscht. So greifen Tech-Konzerne aktiv in den politischen Diskurs ein, Hauptgrund: Profit.

Diese und weitere soziale (und auch ökologische) Schattenseiten zeigen Ingo Dachwitz (Tech-Journalist bei netzpolitik.org) und Sven Hilbig (Experte für Digitalisierung und Handelspolitik bei Brot für die Welt) in ihrem Buch „Digitaler Kolonialismus – Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen“ auf. Überdeutlich ist, wie der globale Norden seinen Reichtum auf Kosten des Südens mehrt (wie leider schon seit Jahrhunderten praktiziert). Echte digitale Teilhabe auf Augenhöhe sucht man meist vergebens. Auch wenn die hiesige Presselandschaft schon eine ganze Weile von Tech-Konzernen abhängig ist und sich keine echten Alternativen abzeichnen, sollten die Augen fest auf die Schattenseiten gerichtet bleiben. Diese gilt es immer wieder zu thematisieren. Dachwitz und Hilbig liefern dafür einen allgemeinverständlichen Rundumschlag, der sich gewaschen hat.

Jens Brehl

Folgen lohnt sich:

Instagram: https://instagram.com/djv_hessen

LinkedIn: <https://de.linkedin.com/company/djvhessen>

Facebook: <https://de-de.facebook.com/djvhessen/>

YouTube: <https://www.youtube.com/@djvhessen>

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Deutscher Journalistenverband,
Landesverband Hessen e. V.
Rheinbahnstraße 3 | 65185 Wiesbaden
www.djv-hessen.de

V.i.S.d.P.: Knud Zilian

Chefredaktion: Jens Brehl

Freie Mitarbeit in dieser Ausgabe: Dr. Gabriela Blumschein-Grossmayer, Barbara Czernek, Jannis Große, Wolfgang Minich, Karsten Socher